

Vorbemerkung der SWG: Die beiden nachfolgenden Artikel sind uns von der „Jungen Freiheit“ zugesandt worden. Daraus geht hervor, daß ein Landtagsabgeordneter der SPD sich in übler Weise durch Verleumdung der „Neuen Rechten“, vertreten durch die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“, zu profilieren sucht. Angesichts der Tatsache, daß die extreme Linke im Gegensatz zur sogenannten Rechten im Bundesparlament sitzt und gerade erheblichen Zulauf erfährt, ist die Ausrufung einer Gefahr von Rechts geradezu absurd. Wir führen diese Art von Denunziation auf mangelnde Qualität in Verbindung mit übersteigertem Ehrgeiz zurück. Darüber hinaus scheint die Behauptung, viele Deutsche hätten noch immer Schwierigkeiten mit der Demokratie nicht ganz aus der Luft gegriffen. Gerade Abgeordnete sollten das hohe Gut der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit nachdrücklich schützen, anstatt es zu untergraben. Wir bringen diesen Vorgang als Beispiel für viele andere, obwohl er selbst eher unbedeutend ist.

Schließlich bedenken Deutsche Patrioten mit Bedauern, wie wenig entwickelt das politische Geschick vieler Mandatsträger ist. Während die Welt neu verteilt wird und sich ein rabiater Machtkampf um die Vorherrschaft der Großmächte, besonders auf dem eurasischen Kontinent entfaltet, gehen die Deutschen ihrer alten Lieblingsbeschäftigung nach, über einander herzufallen und sich erbittert gegenseitig zu bekämpfen. Deutschland, zur europäischen Provinz, auch geistig, geschrumpft, ist für eine Führungsrolle in Europa offensichtlich ungeeignet.

Böblinger Zeitung/Sindelfinger Zeitung
Montag 13.08.2007

„Die Gefahr von rechts erkennen“

Von unserem Redakteur Tim Schweiker

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ gilt als zentrales Organ der Neuen Rechten in Deutschland, einer politischen Strömung, die unter dem Deckmantel des Konservatismus ein Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum bildet. Der Maichinger SPD-Landtagsabgeordnete Stephan Braun ist Mitherausgeber eines neuen Buches über die „Junge Freiheit“.

Die SZ/BZ hat mit Stephan Braun über die Ziele des Buchs, die Inhalte der Wochenzeitung und über politische Konsequenzen gesprochen.

Warum ein ganzes Buch über die „Junge Freiheit“? Ist das nicht zu viel der publizistischen Ehre?

Stephan Braun: „Ich halte es für ein notwendiges Buch. Immerhin gilt die 'Junge Freiheit' als das Leitmedium der Neuen Rechten, einer Strömung die sich an der konservativen Revolution orientiert, die die Weimarer Demokratie untergrub und dem Nationalsozialismus als Steigbügelhalter diente. Auch heute noch stehen Vertreter dieser wohl einflußreichsten rechten Strömung in Deutschland mit dem Grundgesetz auf Kriegsfuß. Sie arbeiten an einer Umwertung der Werte und versuchen die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen. Grund genug, sich mit der 'Jungen Freiheit' und der Neuen Rechten kritisch auseinander zu setzen.

Hinzu kommt, daß wir vor einer neuen Situation stehen. Die 'Junge Freiheit' hat vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ihre Nennung in Verfassungsschutzberichten geklagt und sich anschließend juristisch verglichen. Jetzt ist sie zwar nach wie vor Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes, ihre Aufnahme in die Berichte ist jedoch

erschwert. Da sich an der politischen Bewertung der Zeitung kaum etwas geändert hat, muss meiner festen Überzeugung nach die Auseinandersetzung auf anderer Ebene stattfinden.“

Ihr Buch ist aufwendig recherchiert und dokumentiert, dafür aber nicht eben leicht zu lesen. An wen soll es sich richten?

Schauen den Reaktionen gelassen entgegen

Stephan Braun: „Ein Buch zu diesem Thema kann keine leichte Kost sein. Ute Vogt und ich haben sehr großen Wert auf die umfassende wissenschaftliche Recherche gelegt. Da kommt es auch auf Details an. Der Band wird, wie auch meine vorausgegangene Publikation 'Rechte Netzwerke - eine Gefahr', vom führenden sozialwissenschaftlichen Verlag im deutschsprachigen Raum verlegt. Er richtet sich an Politik, Wissenschaft und nicht zuletzt an die Öffentlichkeit. Multiplikatoren, wie Journalisten und Menschen, die sich in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit engagieren, soll das Buch als eine Art Handwerkszeug dienen. Deshalb haben wir besonderen Wert auf den unmittelbaren Praxisbezug gelegt. So enthält der Band auch Bausteine für die kontroverse Beschäftigung mit dem Phänomen der Neuen Rechten und ihrem Leitmedium 'Junge Freiheit' in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.“

Wer mit der 'Jungen Freiheit' und ihren Inhalten kritisch in Verbindung gebracht wird, reagiert oft sehr heftig. Erwarten Sie Klagen und Prozesse?

Stephan Braun: „Wir schauen den Reaktionen sehr gelassen entgegen. Natürlich wird es Gegenstimmen geben. Getroffene Hunde bellen eben. Ich sehe das positiv: Vielleicht überlegt sich der ein oder andere künftig genauer, was er da liest oder ob er dem Blatt ein Interview gibt. Ich jedenfalls wäre mir als demokratisches Feigenblatt für diese Zeitung zu schade.“

Nachdem das Buch fertig ist und alle verfügbaren Erkenntnisse über die 'Junge Freiheit' gesammelt sind: Was ziehen Sie für Konsequenzen für Ihre politische Arbeit?

Stephan Braun: „Ich sehe mich in meinem bisherigen Kurs bestätigt. Ob im Verfassungsschutzbericht aufgeführt oder nicht: Die 'Junge Freiheit' bleibt gefährlich. Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Neuen Rechten auf politischer und wissenschaftlicher Ebene ist dringend erforderlich. Dazu will der Band einen Beitrag leisten. Er soll Signal und Anstoß für eine offensiv geführte, politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Inhalten und Netzwerken der Neuen Rechten und ihrem publizistischen Flaggschiff sein. Ein notwendiger, aber nur ein erster Schritt. Unser Ziel ist es, die Menschen zu befähigen, diese Gefahr von rechts zu erkennen und ihr kompetent und engagiert zu widerstehen.“

Stephan Braun/Ute Vogt (Herausgeber): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007. ISBN 978-3-531-15421-3.

Quelle:

http://www.szbz.de/nachrichten-neuigkeiten/artikel-detail/news/%22Die%20Gefahr%20von%20rechts%20erkennen%22.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=316&cHash=2be290b600

Nachrichtenagentur IDEA

Politik & Gesellschaft

31.05.07

Vorwurf: Abgeordneter arbeitet mit Linksextremen zusammen

Berlin / Stuttgart (idea) - Ein Kirchenjournalist und engagierter Kritiker rechtsextremer Entwicklungen, der baden-württembergische SPD-Landtagsabgeordnete Stephan Braun, soll eng mit Linksextremisten zusammenarbeiten. Diesen Vorwurf erhebt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (Berlin).

Braun, der Politik und Theologie studiert hat, ist seit 1988 Journalist im Amt für Information der württembergischen Landeskirche. Seit 1996 gehört er dem Landtag an. Der 47-Jährige habe im vorigen Jahr zu einer Landtagsanhörung zum Thema Rechtsextremismus unter anderem Referenten des linksextremen „Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung“ (DISS) eingeladen, so die Zeitung. Im Juni wolle er mit DISS-Autoren einen Sammelband herausgeben. Dem Blatt zufolge ist eine DISS-Autorin für die vom Bundesamt für Verfassungsschutz 2003 als linksextremistisch eingestufte Zeitschrift „Der Rechte Rand“ tätig. Braun hatte kürzlich Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) aufgefordert, seine Mitgliedschaft in dem von Kritikern als „Denkfabrik der Neuen Rechten“ bezeichneten Studienzentrum Weikersheim aufzugeben. Braun, der dem Landtagsausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes vorsteht, erwartet von Oettinger einen Unvereinbarkeitsbeschluß, wonach CDU-Mitglieder nicht dem Studienzentrum angehören dürfen. Mit der Berufung einer „Weikersheimerin“ zur persönlichen Referentin habe der Ministerpräsident seine Glaubwürdigkeit endgültig verspielt, so Braun. Oettinger gab am 22. Mai seine Mitgliedschaft in dem Studienzentrum auf. Brauns Büro teilte idea mit, daß dieser sich wegen seines Urlaubs nicht zu den Vorwürfen äußern könne.

Quelle:

http://www.idea.de/index.php?id=298&tx_ttnews%5Btt_news%5D=54369&tx_ttnews%5BbackPid%5D=128&cHash=db80ed631e